Steinheimer Zeitung

Blatt für das Amt Steinheim. Amtliches Verordnungsblatt

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 30. Steinheim, Dienstag, den 15. März 1921. 26. Jahrgang.

Am Wendepunkt.

Eine Mahnung zur Würde am 20. März.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier wenden sich kurz vor der Schicksalsstunde Deutschlands mit einem ernsten Aufrufe an das deutsche Volk:

In diesen Tagen und Wochen fallen die Würfel über das Schicksal Deutschlands. Inmitten der Gefahren, die der Abbruch der Londoner Verhandlungen mit sich bringt, wird am kommenden Sonntag die Volksabstimmung darüber entscheiden, ob die es wichtige, für Deutschland in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Beziehung unentbehrliche Gebiet beim Vaterlande bleiben oder zu einem fremden Staate geschlagen werden soll. Wer die Londoner Verhandlungen verfolgt hat, weiß, daß der 20. März den Wendepunkt in der Schicksalsgestaltung Deutschlands darstellt.

Zwei Bitten richten wir an die deutschen Brüder: Erstens gewährt den Heimattreuen, die das Schicksal Deutschlands in ihren Händen und ihren Herzen tragen und zur Heimat eilen, alle nur möglichen Erleichterungen, zumal da die neuesten Verfügungen der Interalliierten Kommission jeden festlichen Empfang im Abstimmungsgebiet verbieten, und zweitens durchlebt zusammen mit den Oberschlesiern den schicksalsschweren Tag

in ernster und würdiger Weise.

Es wäre unverständlich und über alle Maßen unwürdig, wenn jener Tag, der über Deutschlands Zukunft bis in die fernsten Zeiten hinaus entscheiden wird, im deutschen Volk als Echo den rauschenden Lärm leichter Vergnügungen finden würde.

Das deutsche Volk ist es sich schuldig, daß es mit vollem Bewußtsein und in ernster Fassung den entscheidenden Tag miterlebt. Hunderttausende deutsche Brüder geben an dem Abstimmungstag **ein feierliches Bekenntnis zur deutschen Volksgesamtheit.**

Ihnen in dem gleichen Gedanken nahe zu sein, ihnen aus allen deutschen Gauen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit entgegenklingen zu lassen und ihnen in ihrem heiligen Kampfe die Hand zu reichen, dazu rufen wir alle deutschen Volksgenossen auf.

An Euch wenden wir uns vor allem, die Ihr den gleichen Abstimmungskampf bereits durchgekämpft und an Euch, die Ihr, gleich uns Oberschlesiern, die innigste Liebe zur Heimat auf Eure Fahnen geschrieben habt, die Ihr der engeren Kulturgemeinschaft des Ostens angehört oder andere bedrängte Gebiete des deutschen Volkes vertretet, ihr Schlesier, Posener, Ost- und Westpreußen, Eupener und Malmedier, Schleswig-Holsteiner, Elsaß-Lothringer, Saarländer, Rheinländer, Deutsch-Oesterreicher, Euch alle rufen wir auf, Eure und des gesamten deutschen Volkes Einigkeit mit dem um seine Zugehörigkeit zu Deutschland ringenden Oberschlesien an dem entscheidenden 20. März in würdigen Veranstaltungen kund zu tun.

Die Abstimmungstransporte.

Die Transportbewegung der Abstimmungsberechtigten ist auch weiterhin planmäßig verlaufen. Sämtliche aus West- und Mitteldeutschland abgelassenen Züge haben in der fahrplanmäßigen Zeit ihren Bestimmungsort erreicht. Es sind bis jetzt etwa 30 Züge ohne Störung am Zielpunkt eingetroffen.

Das Reichsarbeitsministerium hat Vorsorge getroffen, daß Erwerbslose, die zur Abstimmung nach Oberschlesien reisen, die Erwerbslosenunterstützung durch die bisher zuständige Gemeinde unter Verzicht auf die Kontrolle während der Dauer der erforderlichen Abwesenheit, und zwar wenn nötig, vorschußweise, erhalten.

Der preußische Finanzminister Lüdemann hat die nachgeordneten Behörden ermächtigt, den Beamten und Lehrpersonen sowie den im Staatsdienst tätigen Angestellten und Arbeitern, die selbst oder deren Familienangehörige nach Oberschlesien zur Abstimmung reisen, auf Antrag im Falle des Bedürfnisses einen Vorschuß bis zur Höhe des halben Monatseinkommens, jedoch insgesamt nicht über 500 Mark hinaus, zu gewähren.

Die Scheinkonferenz von London.

Aussichtslose Arbeit der Deutschen.

!! Aus der Rede, die unser Außenminister Dr. Simons am Sonnabend im Reichstag hielt, geht mit voller Klarheit hervor, daß die Londoner Konferenz schon von Anfang an zur Unfruchtbarkeit verurteilt war, weil die französischen Gewaltpolitiker den Weg zur Verständigung verbaut hatten.

Als wir voriges Jahr nach Spa eingeladen wurden, sah es so aus, als ob durch die Verhandlung von Mann zu Mann, durch die unmittelbare Aussprache ein friedlicher Ausgleich angebahnt werden sollte. Ernüchternd wirkte dort freilich der Rückfall in Diktat und Drohklauseln; aber es blieb doch noch eine gewisse Hoffnung, da die wichtigste Frage der Entschädigung auf eine neue Konferenz zu Genf verschoben wurde. Die Hoffnung wurde gestärkt durch den Zusammentritt der Sachverständigen in Brüssel. Aber dann kam der Reif in der Frühlingsnacht. Die Arbeit der Sachverständigen wurde vorzeitig eingestellt, und die Machthaber der Entente kamen in Paris zusammen, um den deutschen Tribut einseitig festzusetzen. Ohne sich um die deutsche Leistungsfähigkeit zu kümmern, legten sie sich auf 226 Milliarden und die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe fest.

Das Festlegen war die verhängnisvolle Wendung. Das Zurückweichen von einer Forderung, die öffentlich und feierlich aufgestellt worden ist, wird als Schwäche empfunden. Der öffentlichen Meinung in dem geldhungrigen Frankreich war der Mund wässrig gemacht worden; das französische Ministerium konnte sagen, es würde fortgejagt werden, wenn es ohne die 226 Milliarden nach Hause käme. Daraus ergibt sich wieder eine Zwangslage für England, da man dort gerade jetzt, beim Wechsel der Präsidentschaft in Nordamerika, die Freundschaft mit Frankreich nicht auf das Spiel setzen wollte.

Obschon der Tribut schon festgelegt war, lud man uns doch zur Konferenz ein. Bezeichnenderweise nicht nach dem neutralen Genf, sondern nach London, wo Lloyd George die Sache im Pariser Sinne durchsetzen sollte. Die mündliche Verhandlung konnte für die Pariser Beschlüsse nicht gefährlich werden, da man sich vorher geeinigt hatte auf die Formel: die Deutschen dürfen nur solche Gegenvorschläge bringen, die mit der Forderung von Paris „gleichwertig" seien, d. h. die Gesamtsumme von 226 Milliarden sollte unbedingt herauskommen; nur über die Modalitäten der Zahlung wollte man allenfalls die Gegenseite anhören.

So wurde denn auch in London verfahren. Man tat so, als ob man prüfe und berate, ließ auch Ueberlegungsfristen von 2 und 4 Tagen einfließen; doch schließlich kam das vorher festgelegte Diktat: Entweder die unverkürzte Summe unterschreiben oder das vorbereitete Zwangsverfahren über sich ergehen lassen!

Wenn man diesen Gang der Dinge rückschauend betrachtet, bleibt gar kein Zweifel über die unfriedliche Absicht der Gegner und die Aussichtslosigkeit der Londoner Konferenz. Es bleibt nur die Frage: Warum haben wir uns denn überhaupt noch in die Mühe und Unkosten dieser Sisyphusarbeit gestürzt?

Der Sisyphus in der griechischen Fabel war bekanntlich verurteilt, in der Unterwelt einen Steinblock immer wieder im Schweiße seines Angesichts einen Berg hinaufzuwälzen, bis an dem Gipfel der tückische Stein wieder herunterpolterte. In der Politik muß man häufig aussichtslose Anstrengungen machen. Wenn unsere Regierung gegenüber der verdächtigen Einladung nach London irgendwelche Schwierigkeiten gemacht hätte, so würde eine fürchterliche Hetze wegen ihrer Unfriedlichkeit eingesetzt haben.

Auch gegenüber der Volksstimmung in Deutschland war es notwendig, daß unsere Regierung die Mission nach London unternahm, wenn auch die Hoffnung auf Erfolg gleich Null war. Nur deshalb konnte sich in Deutschland die erfreuliche Einigkeit und Entschlossenheit des Volkes entwickeln, weil allgemein die felsenfeste Ueberzeugung war: Unsere Regierung tut das Menschenmögliche für einen verträglichen Ausgleich, und wenn dieser nicht gelingt, so müssen wir mit ruhigem Gewissen das unvermeidliche Geschick tragen.

Der Rückblick auf die getäuschten Hoffnungen der Vertrauensseligen und auf die Sisyphusarbeit der Regierung ergibt auch eine praktische Lehre. Im Lande der Dichter und Denker pflegen die Kritiker und Besserwisser sehr zu gedeihen. Können nun in der gegenwärtigen Lage „scharfsinnige" Reden über diese oder jene Einzelheit der deutschen Taktik irgendwelchen Nutzen bringen? Oder können sie nicht vielmehr schaden, da sie den Respekt vor der deutschen Eintracht und Widerstandskraft gefährden? Die Sache liegt tatsächlich so: Wenn wir ein staatsmännisches Genie wie Bismarck nach London geschickt hätten, würden wir doch nichts erreicht haben, da die übermächtigen Gegner schon ihr Diktat festgelegt hatten.

Daraus folgt, daß wir die Einheitsfront wahren müssen gegenüber den Lasten der Gegenwart und den Gefahren der Zukunft. F. N.

Aus Stadt und Land.

****-Heimkehr unserer Sibirier.** Anfang März hat der Dampfer „Gujarat" mit 523 reichsdeutschen Kriegsgefangenen Wladiwostok verlassen. Er fährt über Schanghai, Sabang, Colombo, Port Said nach Triest, wo er in den ersten Apriltagen eintreffen wird. Von Triest aus werden die Heimkehrer auf dem Landwege nach Lechfeld in Bayern übergeführt und nach zwei- bis dreitägigem Aufenthalt in diesem Lager in die Heimat entlassen. Mit der Rückkehr dieser Gefangenen ist ganz Sibirien bis auf einzelne Versprengte von deutschen Kriegsgefangenen geräumt und die Aufgabe des deutschen Bevollmächtigten in Wladiwostok, Herrn Gustav Gerber, damit restlos erfüllt. Die Deutsche Kommission kehrt im Laufe des März gleichfalls nach Deutschland zurück.

**** Die Wirkung der Zollsanktionen.** In der Pirmasenser Schuhindustrie hat aus Anlaß der Ankündigung der Zollgrenze eine Hochflut des Schuhversandes eingesetzt. Während der letzten Tage wurden auf den Pirmasenser Postämtern rund 6000 bis 7000 Postpakete nach rechtsrheinischen Bestimmungsorten aufgegeben. An einem Tage stieg diese Zahl auf über 8000. Der Warenversand mit der Eisenbahn, mit Lastautos usw. in der Richtung nach der Westpfalz und der Saargrenze ist bedeutend gestiegen.

**** Rückreise der amerikanischen Farmersöhne.** Die Farmersöhne, die bekanntlich den ersten Transport amerikanischer Milchkühe auf dem Dampfer „West Arrow" begleitet und im Anschluß an einen längeren Aufenthalt in Bremen eine Informationsreise durch Deutschland angetreten hatten, sind nach Bremerhaven abgereist, um sich dort an Bord des amerikanischen Dampfers „New Rochelle" zu begeben, mit dem sie die Rückreise in ihre Heimat antreten. Die letzten Tage ihres Aufenthaltes in Deutschland haben die jungen Farmersöhne in Bremen verbracht, das ihnen in den ersten Tagen ihrer Ankunft durch gastfreundliche Aufnahme lieb geworden war.

**** Eine Wilson-Stiftung.** Aus Newyork wird gemeldet: Es wird ein Aufruf verbreitet zur Zahlung von Beiträgen zur Schaffung eines Fonds von 500 000 Dollar, dessen Zinsen alljährlich Wilson überwiesen werden sollen, der sie demjenigen auszahlen wird, der in dem betreffenden Jahr der Menschheit die besten Dienste geleistet hat.

Kleine Nachrichten.

* Unweit des Flugfeldes Eger (Böhmen) stürzte der Pilotenführer, Oberleutnant der russischen Legion, Joseph Recka mit einem Flugzeug ab. Der Pilot und der Passagier waren auf der Stelle tot.

Gerichtssaal.

Freispruch im Essener Wasserturmprozeß. Im Wasserturmprozeß verneinten die Geschworenen die Schuldfrage auf Mord bezw. Totschlag sämtlicher Angeklagten, worauf Freisprechung erfolgte. — Die Angeklagten waren bekanntlich beschuldigt, die aus Reichswehr, Sicherheitswehr und Einwohnerwehrleuten bestehende Besatzung des Wasserturms in Essen im März v. J. niedergemetzelt zu haben.

Volkswirtschaftliches.

Erhöhung der Zuckerration? Im Ausschuß des Reichswirtschaftsrats für Ernährung und Landwirtschaft teilte ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums mit, daß die Zuckerernte für 1920 19,4 Millionen Zentner Raffinade betrage. Davon erhielten die Gemeinden 800 Gr. pro Kopf und Monat, von denen 750 Gr. verteilt, 50 Gr. für besondere Zulagen zurückgelegt wurden. Der Ausschuß beantragte, die Zuteilung an Verbrauchszucker für die Bevölkerung auf dasjenige Quantum zu erhöhen, das bei gerechter und billiger Verteilung der diesjährigen Ernte entspreche.

)(Berlin, 10. März. (Börse.) Nach der matten Tendenz an den Vortagen zeigte die Börse infolge der zahlreichen Deckungskäufe der Spekulation heute wieder eine festere Haltung. Auch das Publikum legte wachsende Kauflust an den Tag. Ruhig lag der Markt der fremden Devisen, auf dem die Tendenz sich infolge des befestigten Markkurses in Neuyork als schwach kennzeichnete.

)(Berlin, 10. März. (Warenmarkt.) Frühmarkt amtlich. Gelber Platamais loko frei Wagen 151—153 für 50 Kg., Futtererbsen 122—124 für 50 Kg. frei Wagen hier. — Im freien Handel: Mais Plata Hamburg bahnstehend 147 bis 149, März 144—146, April 135—137, Mixed März 135 bis 137, Flegelstroh 19—21, Preßstroh 17—18, Maschinenstroh 15 bis 18, Häcksel 20—21, Wiesenheu 19—21, Feldheu 22—24, Kleeheu 28—30, Wicken 80—100, Peluschken 96—105, Ackerbohnen 110—115, Viktoriaerbsen 130—140, kleine Kocherbsen 115—120, Futtererbsen 105—115, Runkelrüben 7—8.

Eine Zollgrenze am Rhein.

Verhängnisvolle Wirkungen für die rheinische Industrie.

Nach dem Willen der Londoner Bestimmungen soll am Rhein eine Zollgrenze errichtet werden. Das besetzte Gebiet steht damit vor der Gefahr, wirtschaftlich vom übrigen Reiche abgetrennt zu werden. Es sollen Zusammenhänge zerrissen werden, die für jeden Kenner der Verhältnisse so fest sind, daß ihr Zerreißen einem Verbluten gleichkommt. Die beiden Rheinufer sind in ihren Arbeitsbedingungen so unzertrennlich aufeinander angewiesen, wie die Hände an ein- und demselben Körper. Und doch will man den Zollschnitt mitten durch ein einheitliches Wirtschaftsgebiet legen, und will damit im Großen das verhängnisvolle Experiment wiederholen, das die wirtschaftliche Lage des Saargebiets im Laufe eines einzigen Jahres katastrophal zugespitzt hat. Dem „Echo du Rhin", dem französischen Blatt, zufolge will man bei dieser Zollsperre gleich ganze Arbeit machen und die rechtsrheinischen unbesetzten Uferstrecken, die heute noch zwischen den besetzten Brückenköpfen liegen, in die Zollgrenze einbeziehen durch einen zehn Kilometer breiten Uferstreifen, der das Reich vollständig vom Rhein absperren würde.

Die Notschreie der linksrheinischen Handels- und Industriewelt lassen nun aber schon zur Genüge erkennen, was das besetzte Gebiet von der neuen Zollgrenze zu erwarten hätte. In Notschreien und Warnungen kamen die bitterernsten Sorgen des rheinischen Wirtschaftslebens zum Ausdruck, dessen ganze Zukunft gefährdet ist und über das sich heute schon ein lähmender Schrecken legt. Was Alt-Oesterreichs Wirtschaftsleben zerrüttet hat, das Auseinanderreißen wirtschaftlich aufeinander angewiesener Gebiete, das wird auch dem Rheinland verhängnisvoll werden. Man hat ja nie daran gedacht, daß diese Gebiete jemals durch eine Zollgrenze wirtschaftlich geteilt werden würden, und hat deshalb die Industrie, den Handel nicht so verteilt, daß er selbständig auf beiden Ufern steht. Rohstofferzeugung und Verfeinerungsindustrie hat man unbekümmert um den Rhein verteilt, so daß kaum eine Industrie ohne die Industrie des anderen Ufers

auskommen kann. Ja, im Veredelungsverkehr wird nur zu oft ein mehrmaliger Uferwechsel vollzogen, bis die Ware versandfähig ist. Zechen des einen Ufers haben ihre Hochöfen auf dem andern, die größte industrielle Unternehmung, Krupp, hat das große Essener Verfeinerungswerk auf dem rechten Ufer und seinen größten Rohstofflieferer, der überdies zum Teil vom rechten Rheinufer die Kohle herholen muß, das Hochofenwerk Rheinhausen, auf dem linken Rheinufer. Bald ist der Sitz, das Hirn mancher Großwerke auf dem rechten, bald das Werk selbst auf dem linken Ufer und umgekehrt.

Außerdem ist das ganze Verkehrsnetz auf einen schrankenlosen Uferwechsel zugeschnitten, und jede Trennung muß zu den tollsten Verkehrsunterbindungen führen. Das bezieht sich sowohl auf die Schienen- wie auf die Wasserwege. Riesige Hafenanlagen werden am Rhein veröden, wenn ihnen durch Zollschranken die Zubringerlinien und das Hinterland abgeschnitten werden. Die Arbeiterfrage wirft sich auf, denn die Industrien des einen Ufers sind auf die Arbeitskräfte des anderen Ufers angewiesen; werden diese durch Zollschranken ferngehalten oder aufgehalten, so wird einerseits die Arbeitslosenfrage, andererseits die Frage der Wohnungsbeschaffung schier unlösbare Aufgaben stellen. Daß ganze Industrien am Rhein erliegen werden, wenn ihnen die Zufuhren aus dem Reiche erschwert, der Abtransport der fertigen Waren ins Reich unmöglich gemacht wird, sieht man heute schon am Rhein mit Schrecken kommen. Es herrscht Ratlosigkeit, wohin man hört, die Zollschranke lähmt das Wirtschaftsleben schon ehe sie da ist.

Das Unzerreißbare der beiden Ufer ist am Rhein nie so deutlich geworden, als jetzt, wo gezwungen ist, sich die Folgen einer Trennung vor Augen zu führen, auf die wir auch in ihrer Gestaltung nicht die geringste Einwirkung haben. Der Friedensvertrag sieht die Zollschranke als eventuelle Maßregel zum Schutze des Wirtschaftslebens des besetzten Gebietes vor, nun wird sie errichtet zur „Strafe" für das Reich und gegen den ausgesprochenen Wollen der Bevölkerung und der Wirtschaftssachverständigen des besetzten Gebietes. Die Zollschranke *soll* trennen, das ist letzten Endes ihr Zweck, ob darunter ein ehedem so reiches Wirtschaftsleben wie das rheinische zugrunde geht, danach fragt eine Politik nicht, die keine Sachverständigen anhört und ihre „Verträge" auf der Spitze der Bajonette anbietet.

Letzte Nachrichten.

Das Verbot der Selbstschutzorganisationen vom Reichsrat beschlossen.

In der letzten öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurde der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Selbstschutzorganisationen mit den Stimmen aller Länder gegen die der bayerischen angenommen. Die Bayerische Volkspartei hat beschlossen, sofort aus der Regierungskoalition auszuscheiden.

Das Weißbuch über London.

Dem Reichstage ist das angekündigte Weißbuch über die Londoner Verhandlungen zugegangen. Es enthält den Wortlaut der Pariser Beschlüsse, das Gutachten der deutschen Sachverständigen, die Kritik des deutschen Finanzministeriums zu den Bemerkungen der Alliierten über den deutschen Haushalt sowie den Sitzungsbericht über die Verhandlungen in London und die deutschen Gegenvorschläge.

Neue Beratungen der Landesregierungen in Berlin?

In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Reichsregierung beabsichtige, die Ministerpräsidenten der Einzelstaaten wieder zusammentreten zu lassen. Die Konferenz der Ministerpräsidenten wolle sich erneut mit den Fragen beschäftigen, die sich aus den Londoner Verhandlungen ergeben.

:: **Amerika versagt seine Mitwirkung an den Zollsanktionen.** Havas meldet amtlich: Es wurde vereinbart, daß die amerikanischen Truppen am Rhein nicht an der Erhebung der Zölle teilnehmen. Immerhin werden die Vereinigten Staaten der Ausführung der neuen Politik der Alliierten keine Schwierigkeiten in den Weg legen.

Ein anderer Weg.

Als der Friedensspruch von Versailles das durch Wilsons vierzehn Punkte von den Vereinigten Staaten gegebene Wort brach, lag unter der Last vertragswidriger Verpflichtungen, die Deutschland auferlegt wurden, auch die völlig einseitige Entwaffnungspflicht. Deutschland wurde durch die Versailler Bestimmungen gezwungen, in einer Zeit, in der selbst bisher neutrale Mächte sich eine stärkere Rüstung zulegten und Bündnisse mit wenig verhehltem Endzweck abschlossen, seine Waffen völlig niederzulegen. Umgeben von einem Kranz alter und neuer Staaten, die ihr Dasein auf Deutschlands Kosten auf dem sie schützenden Zwangsfrieden von Versailles aufbauen wollen, soll sich eben dieses Deutschland in Zukunft mit einer Wehrmacht zufrieden geben, die nicht einmal den inneren Frieden verbürgt und es nach außen hin zum militärischen Zwerg gegenüber kleinen Mittelstaaten macht.

Dieses Wehrlosmachen eines großen, ehedem mächtigen Volkes hätte nun, trotz aller Ungerechtigkeit, die sie in sich birgt, zu einem Versuch innerhalb der Völkergemeinden werden können, dem manche Zukunftshoffnungen innewohnen könnten, wenn man nach dem moralischen Grundsatze verfahren hätte, daß man dem Wehrlosen gegenüber keine Gewalt anwenden dürfe, sondern ihm sein Schicksal so erträglich gestalten müsse, daß ihn seine Wehrlosigkeit nicht jeden Tag in neue Bedrängnis zu bringen vermöchte. Das haben unsere früheren Feinde und die, die sich ihnen nach der deutschen Niederlage anschlossen, indessen nicht getan. Sie haben auf unserer Wehrlosigkeit eine Politik der Gewalt aufgebaut, die die einseitige Entwaffnung Deutschlands nicht als eine Friedensbürgschaft, sondern geradezu als eine immerwährende Gefahr für den Frieden erscheinen läßt. Unsere Wehrlosigkeit reizt unsere ehemaligen Feinde zu immer größerer Begehrlichkeit, und in ihrer wachsenden Begehrlichkeit setzen sie der Wehrlosigkeit Gewalt entgegen. Daß das ein gefährliches Spiel ist, lehrt die Geschichte, die der größte Lehrmeister sein könnte, wenn die Machthaber der Erde das Bedürfnis hätten, aus ihr etwas lernen zu wollen. **Und den Triumph dieser Gewaltpolitik sehen wir** in diesen Tagen in der „Verhandlungsart" von London und der dieser Diktatorenpolitik folgenden Besetzung der rechtsrheinischen Städte. Die Politik der „Strafen" soll Deutschland zu einer Unterschrift unter Forderungen zwingen, die zu erfüllen außerhalb seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten liegt.

Strafen gegenüber einem Wehrlosen! Wirkt das nicht als erschütternder Gegensatz zu all dem Gerede vom Völkerfrieden und Völkerbund? Muß das nicht auf die Dauer zu einem Zusammenbruch aller moralisch-politischen Begriffe und damit zur Katastrophe überhaupt führen? Nichts charakterisiert den dem wirklichen Frieden abgeneigten Sinn der Männer von Versailles besser als die Tatsache, daß sie stets nur an Bestrafungen für Unterlassungen denken, die Deutschland sich nach ihrem Urteil zuschulden kommen läßt, nie aber an *Belohnungen* für die willige Erfüllung eines an sich unmöglichen Diktates. Es stände heute anders um den Frieden in der Welt, wenn man in Versailles Deutschland den Weg in eine bessere Zukunft gezeigt hätte, indem man ihm Belohnungen für die Erfüllung der unerhört harten Friedensbedingungen in Aussicht gestellt hätte. Man könnte dabei an die teilweise Rückgabe der Kolonien, an den Anschluß Oesterreichs, an die Freigabe besetzten Gebietes, an Erleichterungen im Handelsverkehr usw. denken. Das wären Aussichten gewesen, die vielleicht auch die schwerste Bürde leichter gemacht und die Möglichkeit eines wirklichen Dauerfriedens in sich getragen hätten, der sich auf moralischeren Kräften aufbaut, als auf der Gewaltanwendung des Gerüsteten gegenüber dem Wehrlosen. Das wäre ein Weg, auf den wirkliche Staatskunst hätte verfallen müssen, daß sie es nicht tat, wurde Europas Verhängnis, kann Europas Niedergang werden. Rh.

Simons' Rechenschaft.

— Berlin, 12. März.

Sein Bericht über London im Reichstag.

Nach Abschluß der Vorberatungen im Auswärtigen Ausschuß trat der Reichstag heute bereits um 10 Uhr vormittags zusammen, um den Bericht der deutschen Delegation über die Ereignisse in London entgegenzunehmen. Die Tribünen und die Diplomatenloge sind vollbesetzt, während der Sitzungssaal selbst trotz guten Besuches verschiedene Lücken aufweist. An den Regierungsbänken ist das Reichskabinett vollzählig versammelt, an der Spitze Reichskanzler Fehrenbach.

Zu Beginn der Sitzung macht der Präsident Löbe Mitteilung von einem Telegramm des vorläufigen Landtages von *Kärnten*, in dem der Anteilnahme der Kärntner Bevölkerung an den neuen Leiden des deutschen Volkes Ausdruck verliehen wird. Dann nimmt

Reichsminister Simons

das Wort zu der angekündigten Rede über die Londoner Konferenz. Der Minister führte u. a. aus:

Meine Erklärungen sind ein Rechenschaftsbericht über die *Tätigkeit der deutschen Delegation* und zugleich eine Mitteilung über die *Absichten der deutschen Regierung* angesichts des Ergebnisses der Londoner Konferenz. Die Konferenz in London hatte außerordentlich starke Hindernisse zu überwinden, die entstanden waren durch die vorhergegangene Konferenz in Paris. Die Alliierten hatten sich öffentlich festgelegt, so daß eine Uebereinkunft sehr schwert war. Die *deutschen Sachverständigen* haben eine eingehende Prüfung der Pariser Beschlüsse vorgenommen. Ihnen gebührt der aufrichtigste Dank der Reichsregierung. Die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands ist ebenfalls sorgfältig geprüft worden. Im Einverständnis mit den Führern der Parteien hatte die Regierung nach Kenntnis von den Pariser Beschlüssen das Versprechen gegeben, daß wir mit *Gegenvorschlägen* an die Alliierten herantreten würden. Das war ein kühnes Versprechen. Bestimmte Vorschläge in der Reparationsfrage waren bisher fast unmöglich, so lange nicht einmal die Gebietsfragen geklärt waren.

Oberschlesien bleibt eine Lebensfrage für Deutschland. (Beifall.) In dem Umfang, wie die deutsche Wirtschaft im Friedensvertrage gemindert wird, in demselben Umfang steigert sich die Bedeutung Oberschlesiens für uns. Deshalb hat auch Oberschlesien eine ganz überlegene Rolle in London gespielt.

Auch die *Währungsfrage* ist von Bedeutung. Das Valutaelend kann nicht von einer einzelnen Nation gelöst werden, sondern nur in einmütigem Zusammenarbeiten aller Völker. Bei den Gegenvorschlägen mußten wir natürlich auch auf *politische* Gesichtspunkte Rücksicht nehmen. Die Mehrheit der deutschen Sachverständigen hat die deutsche Leistungsfähigkeit für die nächste Zeit sehr gering eingeschätzt. (Hört, hört!)

Die Gegenvorschläge sind gemacht worden aus politischen Gründen, auf Grund der Verantwortlichkeit der Regierung und meiner Person.

Der Außenminister legt dann eingehend die Gegenvorschläge dar, wie er sie unter Billigung des Kabinetts nach London mitgenommen hat. Zwei Faktoren waren vor allem maßgebend: die Schadloshaltung der Gegner und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Durch Rückdiskontierung der auf 42 Jahre auseinandergezogenen Jahresraten auf die Gegenwart kamen wir zu unserem Angebot von rund 50 Milliarden Goldmark, abzüglich der 20 Milliarden Vorleistungen. Diese 30 Milliarden Goldmark waren die äußerste Grenze. Die *Exportprämie* von 12% mußten wir als volkswirtschaftlich widersinnig ablehnen.

Minister Simons stellt dann fest, daß die deutschen Vorschläge von vornherein *von den Gegnern als indiskutabel* angesehen wurden. Sie wurden auf der anderen Seite mit Entrüstung aufgenommen, so daß Dr. Simons seine Rede abkürzen mußte. (Lebh. hört, hört! u. Bewegung.) Es folgte dann am Donnerstag die Rede Lloyd Georges und dann das Ultimatum. Wir haben Wege gesucht, die der deutschen Arbeiterschaft ermöglichen sollen, für das Reparationsproblem auf deutschem Boden zu wirken. Dieser Gedanke des Wiederaufbaues muß auch künftighin in den Mittelpunkt der Verständigungsarbeit gestellt werden.

Der Minister berichtet dann, daß er nach dem

Spitzen.

Roman von **Paul Lindau.**

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.

An allen Sonn- und Festtagen brachten die meistverbreiteten Blätter der Hauptstadt die folgende Anzeige: „Dubiöse Forderungen werden gekauft, resp. die Einziehung von derartigen Forderungen wird, ohne daß dem Auftraggeber Kosten erwachsen, übernommen; Erbschaften, sowie gezogene kaufmännische und Offizierwechsel werden diskontiert von Sparber u. von Saza".

Saza hatte in diesem sauberen Geschäfte die besondere Aufgabe, durch Beunruhigung der Verwandten die Schulden säumiger Zahler einzutreiben. Mit virtuosenhaftem Geschick betrieb er das Handwerk, ohne sich jemals in den Fallstricken der Erpressungsparagraphen, die er sehr genau mit allen Kommentaren studiert hatte, zu verfangen.

„Ich glaube allerdings mit dir", wandte sich der junge Staatsanwalt von Dünenhorn an den Fürsten Ulrich, nachdem Saza sich entfernt hatte, „daß du in nächster Zeit schwerlich Gelegenheit finden dürftest, mit dem angenehmen Herrn in Unterhandlungen einzutreten. Und dabei spreche ich nicht einmal von deinem persönlichen Widerstreben, das wir alle ungefähr begreifen. Aber davon abgesehen: die renommierte Firma Sparber u. von Saza, die sich bisher mit anerkennenswerter Geschicklichkeit an den unangenehmen Paragraphen des Strafgesetzbuches vorbeigewunden hat, ist schließlich doch mit Paragraph 266 zusammengeraten und am Alinea 2 hängen geblieben."

„Was ist denn das für ein Paragraph?" fragte Hermine.

„Es ist der Paragraph", erklärte der Staatsanwalt mit komischer Würde, „welcher die Untreue bestraft, mein Fräulein!"

„Nanu?" riefen die beiden Tänzerinnen gleichzeitig.

„Ja, meine Damen, es gibt eine Untreue, welche unser Gesetz mit Gefängnis, Verlust der Ehrenrechte und mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark ahndet. Aber beruhigen Sie sich, meine Damen, es ist zwar Untreue, aber nicht die Ihrige!"

„Weiter fehlte auch nichts!" rief Franzi. „Dreitausend Mark!" Die Höhe der Strafe imponierte ihr.

„Und in diesem besonderen Fall", fuhr Dünenhorn sich zu den Herren wendend fort, „handelt es sich um die Benachteiligung eines Auftraggebers durch die bevollmächtigte Firma. Ich habe die Sache in Händen, und es müßte ganz sonderbar zugehen, wenn der Herr mir entwischte. Ich habe mich absichtlich etwas abseits gehalten, und ich hoffe, Saza hat mich nicht gesehen. Die Sache kommt morgen vor; ich werde nach der durchaus wahrscheinlichen Verurteilung wegen vorliegender Fluchtgefahr den Antrag auf sofortige Verhaftung stellen, und ich habe die Empfindung, als ob Saza — wenigstens für die nächsten Monate — in seinen Bewegungen etwas beschränkt werden wird."

„Wird er denn gefesselt?" fragte Hermine.

Der Zwischenfall war bald in Vergessenheit geraten, aber die heitere Stimmung wollte doch nicht wieder aufkommen.

Ulrich war verstimmt, er war beunruhigt über das Geschick der Gräfin, vielleicht konnte er doch noch in der Nacht etwas Näheres erfahren. Unter dem wiederholten Vorwande, daß er müde von der Reise sei erhob er sich nach kurzer Zeit, um sich zu verabschieden. Auch die anderen schickten sich zum Gehen an. Er drückte Franzi die Hand, und bei der Gelegenheit ließ er unbemerkt die Uhr in ihre Finger gleiten. Franzi blinkte ihm lächelnd zu und sagte ihm leise ins Ohr, ganz leise, und wieder so nah, daß er ihre Lippen fühlte: „Sie sind ein Engel! Ein Engel! Ich liebe Sie immer noch!"

Legationsrat von Berwitz schloß sich dem Fürsten an. Es war kurz nach halb drei, als sie auf den Königsplatz traten. Die anderen folgten wenige Minuten darauf.

IX.

Aus ihrem ohnmachtartigen Anfall war die Gräfin Juliane durch das zwar leise, aber beharrliche Pochen an die Tür, die vom Flur in das Parkzimmer führte, geweckt worden. Mit Mühe hatte sie sich aufgerafft und bis zur Tür geschleppt.

„Wenn die gnädige Frau öffnen wollen", rief der Portier Peterberg, „wir sind alle zur Stelle!"

Die Gräfin sagte in kurzen Worten, daß in ihrem Toilettenzimmer eingebrochen sein müsse. Der Kutscher Trenkmann und der Portier Peterberg, denen sich Hotte anschloß, traten, nachdem sie den Riegel zurückgeschoben hatten, ein.

Sie kamen bald wieder zur Gräfin zurück.

Ihr Rapport lautete: „Es brennt Licht, der Geldschrank ist abgerückt, in der Hinterwand sind große runde Löcher, am Boden liegen zwei geöffnete, leere Etuis."

„Wir müssen die Ausgänge besetzen, damit die Diebe, wenn sie noch im Hause sind, nicht entkommen, und sofort zur Polizei schicken!" war der Vorschlag des Portiers.

„Gehen Sie sofort zum nächsten Polizeibüro und melden Sie, was geschehen ist!" befahl die Gräfin.

„Wenn die gnädige Gräfin gestatten, laufe ich hin", meldete sich Bob, der nur die Mütze aufzusetzen brauchte, während Hotte, der schnell seine Beinkleider und Joppe angezogen hatte, und in seine Morgenschuhe geschlüpft war, längere Zeit gebraucht haben würde, um sich zum Ausgehen bereit zu machen.

„Beeile dich!"

Das gesamte Personal begab sich wieder auf den Flur und wartete dort in eifriger Erörterung des Vorfalls auf Bob und die Beamten. Die Gräfin streckte sich ganz erschöpft auf die Chaiselongue und schloß die Augen. Nero stand neben ihr.

Bobs Meldung versetzte den Wachtmeister und die Schutzleute in große Aufregung. Se. Exzellenz Graf von Iseneck, einer der höchsten Beamten, war bestohlen, nach den Angaben des Dieners handelte es sich bei diesem Diebstahl um sehr bedeutende Wertgegenstände — der Fall erschien dem Wachtmeister doch zu wichtig, um eigenmächtig vorzugehen. Er hielt sich vielmehr für verpflichtet, den Polizeileutnant zu wecken. Auch dieser legte der Sache die vollste Bedeutung bei. Alle Büros wurden sogleich durch Zirkulardepesche von dem Diebstahl benachrichtigt. Außerdem depeschierte er sofort an das Zentralbüro und ersuchte den wachthabenden Kriminalkommissar, sich auf schnellstem Wege zum Palais des Grafen Iseneck in der Wilhelmstraße zu begeben.

Nachdem er noch andere auf den Fall bezügliche Weisungen für sein Revier gegeben hatte, begab er sich mit Bob, von dem Wachtmeister und mehreren Schutzleuten begleitet, nach dem Palais.

Er ließ sich von der Gräfin von Iseneck von den ihr bekannten Umständen, welche die verbrecherische Tat begleitet hatten, von der Zeit, dem Anschlagen des Hundes, dem unheimlichen Schlagen usw. genau unterrichten und bat dann die Frau Gräfin, ihn in das Toilettenzimmer zu führen, gleichzeitig richtete er an die gnädige Frau die Bitte, das ganze Palais taghell beleuchten zu lassen, namentlich das Erdgeschoß.

„Haben Sie auf irgend einen Ihrer Leute Verdacht, Exzellenz?" fragte er.

Scheitern der von ihm gemachten Verständigungsversuche

das fünfjährige Provisorium

verlangte. Es wurde aber durch die Pariser Beschlüsse zerschlagen. Auch das letzte Gegenangebot fand keine Annahme. Wir hatten dann den Auftrag, für neue Gegenvorschläge eine Vertagung der Konferenz zu beantragen. Entsprechend der Lage bin ich über die Weisungen der Regierung hinausgegangen. Die Reichsregierung hat mein Verhalten gebilligt. Unser Vorschlag wurde wiederum nur als ein Hintergehen des Friedensvertrages bezeichnet. (Bewegung.) Dabei hatte man im Januar selbst solche Vorschläge gemacht. (Zustimmung.) Die Zwangsmaßnahmen der Alliierten haben keine Spur von Recht für sich. (Beifall.) Ich wiederhole hiermit den Protest, den ich in London erhoben habe, vor der deutschen Oeffentlichkeit und vor der ganzen Welt. Keine Voraussetzung im Friedensvertrag liegt vor. In London hat man gar nicht einmal versucht, unsere Einwände zu entkräften. (Hört, hört!)

Welche Haltung hat die Regierung nun in Zukunft einzunehmen?

Am einfachsten ist es ja, den Friedensvertrag als gebrochen zu betrachten. Es gibt kaum eine schwerere Attacke auf die Hoheit des Rechtes, als die rechtswidrige Besetzung deutschen Gebietes. (Beifall.) Man könnte an Abbruch der Beziehungen denken. Aber so ist die Lage nicht. Noch behaupten unsere Gegner, mit Rechtsmaßregeln gegen uns vorzugehen. Wenn wir zu scharfen Maßregeln übergingen, würde man das ungünstig beurteilen. Wir sind bereit, den Friedensvertrag zu erfüllen, aber nicht mehr. Nach Meinung der Regierung müssen wir alles tun, um neue Wege zu finden zu Gegenvorschlägen auf der Basis des Möglichen. Aber jetzt, wo man uns eine Ohrfeige gegeben hat, die Hand hinzustrecken und zu sagen: Wir wollen wieder Freunde sein!, das ist nicht angängig. (Zustimmung.) Man darf die Wirkung der Sanktionen nicht unterschätzen. Das Rheinland und ganz Deutschland wird sie bald bemerken. Die Sanktionen sind ein schwerer Schlag gegen den Wiederaufbau Deutschlands.

Die Finanzpläne der Alliierten werden sich bald als Utopie herausstellen. Ihre Voraussetzungen sind falsch. Deutschland ist nicht allein am Kriege schuldig. Die Geschichte ist an der Arbeit. Vom Reichstag erbitte ich eine klare Stellungnahme, wie er sich zu der Haltung der Londoner Delegation stellt. Zu Verhandlungen wird es ja einmal kommen. Sie dürfen dann nur geführt werden von einer Regierung und einem Außenminister, die Ihr volles Vertrauen haben. (Anhalt. lebh. Beifall, der sich auf den Tribünen fortsetzt.)

Das Urteil das Reichstags.

Eine Erklärung der Regierungsparteien.

Abg. **Trimborn** (Ztr.) gibt im Namen der drei Regierungsparteien und der Bayerischen Volkspartei, des Bayerischen Bauernbundes und der Deutschhannoveraner eine Erklärung ab: Die von unseren Gegnern in Paris aufgestellten Forderungen sind für uns unerfüllbar und daher unannehmbar. Das deutsche Volk ist entschlossen, seine ganze Kraft anzuwenden, um vertragsmäßig übernommene Forderungen innerhalb des Rahmens seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Weder die heutige noch irgend eine andere deutsche Regierung kann aber Verpflichtungen übernehmen, die diese Leistungsfähigkeit übersteigen. Sie muß dies ablehnen für die Gegenwart und für die Zukunft. Die schweren Strafmaßnahmen gegen Deutschland bringen neue Not über die Bewohner des besetzten Gebiets. Der entschlossene Sinn der Rheinländer wird dadurch nicht zermürbt werden. Wir grüßen in schwerer Stunde unsere deutschen Volksgenossen, die die Opfer dieses Rechtsbruches der Gegner geworden sind. (Beifall.) Die Strafmaßnahmen werden an ihrer Undurchführbarkeit scheitern. Mit aller Entschiedenheit lehnen wir den Versuch Lloyd Georges ab, das deutsche Volk für den Krieg allein verantwortlich zu machen. Weder das deutsche Volk noch die deutsche Regierung hat einen Krieg planmäßig vorbereitet oder gewollt. Zu jeder ehrlichen Verständigung bereit, der Gewalt und dem Rechtsbruch aber trotzend im Bewußtsein unseres guten Gewissens werden wir die Regierung unterstützen, von der wir nach ihrer Erklärung überzeugt sind, daß sie im Sinne der vorstehenden Gedanken die Rechte des deutschen Volkes wahren wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Wels** (Soz.): Jede Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen muß benutzt werden. Deutschland soll wieder in neues Elend gestürzt werden. Uns trifft die Schuld nicht. Die Gegner haben die Verhandlungen abgebrochen. Unsere Angebote hätten klarer und planvoller sein müssen. Das Kernstück mußte der Wiederaufbau Nordfrankreichs sein. Wir wollen den Frieden der Arbeit.

Abg. **Westarp** (Dnatl.): Die neue Besetzung deutschen Gebietes ist ein Bruch des Völkerrechts und des Versailler Vertrages. Das Nein der deutschen Delegation hat lebhaften Widerhall in der Bevölkerung gefunden. Wir stimmen dem Antrage der Regierungsparteien zu. Das soll aber kein Vertrauensvotum für den Außenminister sein. Dazu liegt kein Anlaß vor. Sein Verhalten kann uns in unerwünschter Weise binden. Mit dem zweiten Angebot ist der Außenminister sehr wesentlich über seinen Auftrag hinausgegangen. (Hört, hört!) Dr. Simons hätte Lloyd George schroffer entgegentreten müssen. Neue Verhandlungen sind erst möglich, wenn die Gewaltmaßnahmen aufgehoben sind.

Abg. **Breitscheid** (Unabh.) verlangt von der Regierung, daß sie nicht auf neue Schritte der Alliierten wartet, sondern selbst Vorschläge macht. Es nütze nichts, über die besetzten Gebiete Tränen zu vergießen und nichts zu tun.

Nach einer kurzen Entgegnung des Reichsministers **Simons** und einer bolschewistischen Lobrede des Kommunisten **Levi** auf Sowjetrußland wird folgender Antrag der Regierungsparteien mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen:

„Der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung trotz der Gewaltmaßnahme der Entente bei der Ablehnung der unerfüllbaren Forderungen verharrt."

Nach der Annahme dieses Antrages, der jedes Urteil über das Verhalten der deutschen Delegation geflissentlich vermeidet, um den Mehrheitssozialisten und Deutschnationalen die Zustimmung zu erleichtern, vertagt sich das Haus auf Montag.

Vertagung des Preußischen Landtages.

Der Preußische Landtag hat am Sonnabend nur einige Anträge auf Aufhebung bezw. Einstellung von gerichtlichen Verfahren gegen Abgeordnete erledigt. Die dritte Beratung des Gesetzes über die Staatsratswahlen soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden. Hierauf vertagt sich das Haus. Der Präsident wird nach eigenem Ermessen die nächste Sitzung einberufen, sie hat aber spätestens am 7. April stattzufinden.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

*_** **Steinheim**, 15. März.

*— **Schöffengerichts-Sitzung** vom 10. März. Die Strafsache gegen den Arbeiter Emil G. aus Rothenburg, der 60 Pfund Weizenmehl aus dem Kreise Höxter ausgeführt haben sollte, mußte zwecks weiterer Zeugenvernehmung vertagt werden. Der Bergmann M. aus Dortmund, welcher im September v. Js. 50 Pfund Fleisch hatte ausführen wollen, mußte freigesprochen werden, da inzwischen die Zwangswirtschaft für Fleisch aufgehoben und frühere Vergehen dieser Art jetzt nicht mehr bestraft werden können. Der Landwirt Heinr. K. aus Lügde, welcher die ausgebrochene Räude bei seinen Schafen nicht angemeldet haben sollte, wurde freigesprochen. Der Arbeiter Br. aus Dortmund, welcher in Sandebeck 226 Pfund Aepfel auf drei verschiedenen Stellen gestohlen hatte, erhielt hierfür 150 Mark Geldstrafe. Die Strafsache gegen die Witwe L. H. aus Lügde, welche Getreide bei Seite geschafft und eine Schrotmühle entplombt und benutzt haben sollte, wurde zwecks weiterer Zeugenvernehmung vertagt.

*— Der neugewählte **Kreistag** des Kreises Höxter ist auf Montag, den 21. März zu seiner ersten Sitzung in den Sitzungssaal der Kreissparkasse zu Brakel einberufen worden.

*— Nach der Verordnung über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 18. Februar ds. Js. sind die in den Kommunalverbänden errichteten Demobilmachungsausschüsse bis zum 31. März ds. Js. aufzulösen. Demgemäß wird mit diesem Zeitpunkt auch der für den Kreis Höxter errichtete Demobilmachungsausschuß aufgelöst.

*— Drei ehemalige Schüler der hiesigen Rektoratschule bestanden vorige Woche das Abiturienten-Examen und zwar Alfred Hochheimer in Detmold, Anton Steinwart in Höxter, und Xaver Krekeler-Ottenhausen in Warburg. Herr Hochheimer gedenkt Volkswirtschaft, Herr Steinwart Bergfach und Herr Krekeler Technik zu studieren. Den jungen Studios unseren herzlichsten Glückwunsch!

*— **Brakel**, 12. März. Der Vorstand der Zentrumspartei des Kreises Höxter tagte heute mit der Zentrumsfraktion des Kreistages. Zur außerpolitischen Lage wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Zentrumspartei des Kreises Höxter erklärt, daß sie einmütig in Treue und Entschlossenheit hinter der Reichsregierung steht in der Erwartung, daß die Regierung bei ihrem unerschütterlichen „Nein" bleibt gegenüber den Forderungen des Pariser Diktats, das dem deutschen Volke durch Generationen hindurch eine Sklavenarbeit zumutet, die die deutsche Wirtschaft vernichtet und dem deutschen Volke jeden Lebensmut raubt."

Großer Fisch-Verkauf!

Donnerstag vormittag 9 Uhr anfangend.
(Vorherige Aufträge für nächste Woche werden bevorzugt.)
Reis Pfund von 2 Mk. an, Futterkalk, Viehtran, Drahtnägel, Drahtgeflechte, Einfriedigungsdraht, Drahtkrampen, Blankliste, Schuhnägel etc. billigst.

Edeka-Geschäft Steinheim.

„Nicht den geringsten."

„Die Umstände sprechen aber dafür, daß der Diebstahl von einem Ihrem Hause Angehörigen verübt worden ist. Wir werden also später eine sehr genaue Haussuchung abhalten; wir werden schon Spuren finden. Sind Sie des Portiers sicher, Exzellenz?"

„Vollkommen sicher! Er ist seit dreißig Jahren im Dienste meines Mannes und treu wie Gold!"

„Wenn Sie nun vor allem die Güte haben wollten, den Schrank zu öffnen und festzustellen, was gestohlen worden ist."

Während der Leutnant mit einer gewissen fachkundigen Bewunderung die großen Oeffnungen musterte, sagte er: „Die Diebe müssen doch aber viel Zeit gehabt haben! Das ist ja vollkommene Kunstarbeit! Die das getan haben, sind nicht bei ihrem ersten Einbruch!"

Als die Gräfin die Vordertür des Schranks geöffnet hatte, wurde sie aschgrau, der Schreck lähmte sie, sie wankte, und der Beamte mußte ihr zu Hilfe springen, um sie zu stützen.

Die „Lamoral" fehlte!

Was das für sie zu bedeuten hatte, vergegenwärtigte sie sich erst jetzt — und niemand außer ihr und noch einem, niemand anders auf der ganzen weiten Welt konnte ahnen, was ihr gestohlen war!

„Meine Spitze fehlt mir", sagte sie, nachdem sie sich gesammelt hatte. „Es wäre ein unersetzlicher Verlust."

„Wie hoch schätzen Sie den Wert?"

„Er ist nicht zu schätzen."

„Also eine alte Spitze!"

„Ja!" Die Gräfin verbesserte sich: „Nein, die Nachahmung einer alten, aber eben so schön wie das Original! Unschätzbar!"

„Nun, gnädige Gräfin, Spitzen sind schwer verkäuflich, namentlich auffallend schöne und kostbare. Die dürften wir am leichtesten wiederbekommen."

„Ich zahle dem, der sie mir wiederschafft, jeden Preis: 20 000 Mark — das Doppelte!"

„Nun, nun!" beschwichtigte der Beamte. „So hoch brauchen wir uns nicht zu versteigen. Mit einer Prämie von tausend Mark kommen wir weit!"

„Ich zahle jede Summe!" wiederholte Juliane.

Die Beerdigung des verstorbenen Jünglings Carl Dierks findet vom elterlichen Hause, Neuestraße aus, statt.

Nachruf.



Am Montag morgen 7 Uhr ist unser Mitglied

Carl Dierks

nach langem Leiden sanft im Herrn entschlafen.

In der kurzen Zeit seiner Mitgliedschaft in unserm Verein hat der Verstorbene sich durch sein bescheidenes ruhiges Wesen die Freundschaft aller Sänger erworben.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Gesangverein „Harmonie".

Beerdigung: Donnerstag nachmittag 4 Uhr.

Selbsthilfe-Versteigerung!

gemäß § 373 H. G. B.

Am Mittwoch, den 16. März d. J.

Vormittags 10.30 Uhr

werde ich auf dem Lagerhause der Firma Hochheimer, hier

ca. 64 Zentner Mais

für Rechnung dessen, den es angeht, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Algermissen, Gerichtsvollzieher in Steinheim.

Selbsthilfe-Versteigerung!

Am Donnerstag, den 17. März d. J.,

Nachmittags um 3 Uhr

werde ich bei der Gastwirtschaft Wagner in Lügde

1 dunkelbraune Stute

(Oldenburger) 7 Jahre alt

für Rechnung dessen den es angeht, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Algermissen, Gerichtsvollzieher in Steinheim.

Landwirtschaftl. Lokalverein Steinheim.

Zwecks Einreichung eines gemeinschaftlichen Antrages wegen Anstellung von Bezugsscheinen über Lieferung von Mais für das über 70 Prozent abgelieferte Brotgetreide und 50 Proz. abgelieferten Hafer wollen sich die Mitglieder unseres Vereins bis zum 20. März an den Schriftführer des Vereins wenden.

Der Vorstand, Rochus Grolle.



Gesangverein „Harmonie".

Heute abend 8 Uhr:

- Gesangstunde -

Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Gesangverein „Liederkranz"

Morgen, Mittwoch, abends um 8 Uhr:

Gesangstunde

Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

- Garten-Sämereien -

Rotklee- und Runkel-Samen

empfiehlt:

Franz Schrader Nachf.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuer-Erklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920.

Auf Grund dieser öffentlichen Aufforderung sind zur Abgabe einer Steuer-Erklärung verpflichtet:

1. alle im Finanzamtsbezirke wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufzuhalten, in dem Finanzamtsbezirke Grundbesitz haben oder ein Gewerbe oder eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb des Finanzamtsbezirkes gelegenen Kassen mit Rücksicht auf frühere oder gegenwärtige dienstliche oder Berufstätigkeit erhalten,

soweit die vorstehend Genannten nicht bei einem anderen Finanzamt eine Steuer-Erklärung abgeben und soweit sie im Kalenderjahr 1920 oder in dem während dieses Kalenderjahrs endenden Wirtschaftsjahr ein Einkommen von mehr als 10 000 Mark bezogen haben.

Die Steuer-Erklärung ist für Personen, die unter Pflegschaft oder Vormundschaft oder unter elterlicher Gewalt stehen und selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagen sind, vom Pfleger, Vormund oder Träger der elterlichen Gewalt abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuer-Erklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen.

Für einen Steuerpflichtigen, der nach dem Beginne des Rechnungsjahres, aber vor Abgabe der Steuer-Erklärung verstorben ist, ist die Steuer-Erklärung, so weit ein Testamentsvollstrecker oder ein Nachlaßpfleger die Verwaltung des Nachlasses übernommen hat, von diesen Personen, andernfalls von den Erben abzugeben.

In der Steuer-Erklärung ist dem Einkommen des Ehemannes das Einkommen seiner Ehefrau — sofern die Ehegatten nicht dauernd getrennt leben — und das Einkommen seiner zu seiner Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder (mit Ausnahme jedoch der Arbeitseinkommen der Kinder) zuzurechnen.

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen Angaben in der Steuer-Erklärung zugrunde liegenden Einzelberechnungen und andere zum Verständnisse seiner Angaben dienenden Erläuterungen und Zusätze in die Steuer-Erklärung oder in eine beizufügende Anlage aufzunehmen.

Ist ein Einkommen auf Grund besonderer Buch- oder Geschäftsabschlüsse oder auf Grund von Bilanzen ermittelt, so sind Abschriften dieser Buch- oder Geschäftsabschlüsse oder Bilanzen der Steuer-Erklärung beizufügen.

Soweit es sich um Einkommen handelt, das nur durch eine Schätzung ermittelt werden kann, steht es dem Steuerpflichtigen frei, die Schätzung solcher Einkommensteile selbst vorzunehmen, und unter Mitteilung der Tatsachen, auf die sich die Schätzung gründet, deren Ergebnis in die Steuer-Erklärung einzutragen, oder nur die Tatsachen anzugeben, die er zur Ermittelung des Einkommens beizubringen vermag.

Die hiernach zur Abgabe der Steuer-Erklärung Verpflichteten werden ergebenst aufgefordert, die Steuer-Erklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks

in der Zeit vom 1. bis 31. März 1921 einschließlich

bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuer-Erklärung können von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden. **Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuer-Erklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugesandt worden ist.**

Besonders wird darauf **hingewiesen,** daß auch **diejenigen Personen** eine Steuererklärung abgeben müssen, bei denen **Gehalts- und Lohnabzüge** vorgenommen sind und die oben nach Ziffer 1 und 2 zur Abgabe einer Steuer-Erklärung verpflichtet sind.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuer-Erklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt während der Geschäftsstunden Vormittags von 8 bis 12½ Uhr außer Sonnabends zu Protokoll entgegengenommen.

Da erfahrungsgemäß gegen Ende des Monats der Andrang beim Finanzamt so groß wird, daß längeres Warten unvermeidlich ist, wird gebeten, die Steuer-Erklärung schon in den ersten Märztagen abzugeben.

Wegen der zurzeit bestehenden **übergrossen** Belastung der Finanzämter können mündliche Steuerklärungen nur an den Vormittagen entgegengenommen werden. Aus demselben Grunde können die Steuerpflichtigen auch nicht damit rechnen, auf **schriftliche Anfragen** rechtzeitig Antwort zu erhalten. Es wird hierbei **nochmals** darauf **hingewiesen,** daß **allen schriftlichen Anfragen** stets ein mit **vollständiger Anschrift** versehener Freibriefumschlag beizufügen ist, andernfalls eine **Antwort überhaupt nicht** erteilt wird.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuer-Erklärung versäumt, wird mit Geldstrafen bis zu 500 Mark zu der Abgabe der Steuer-Erklärung angehalten; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden. Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Einkommensteuer-Gesetze zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 53 des Einkommensteuergesetzes und § 359 ff. der Reichs-Abgabeordnung) Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angedrohte Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabeordnung.)

Außerdem werden sämtliche Personen,

a) die im Laufe des Jahres 1920 vorläufige Einkommensteuer entrichten haben
b) denen im Jahre 1920 Gehalts- oder Lohnbeträge für die Einkommensteuer einbehalten worden sind,

aufgefordert, die Beilage 3 zur Einkommensteuer-Erklärung genau auszufüllen.

Höxter, im Februar 1921.

Das Finanzamt Höxter.
Fritsch, Regierungsrat.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Kapitalertragsteuer-Erklärung.

Wer in der Zeit vom 31. März bis 31. Dezember 1920 fällig gewordene Kapitalerträge der nachbezeichneten Art:

1) Zinsen von Hypotheken und Grundschulden, Renten von Rentenschulden,
2) Zinsen von Forderungen, die auf Grund einer Vereinbarung entrichtet werden, insbesondere aus Kautionen, Darlehen, Hinterlegungsgeldern, Kontokurrent- und sonstigen Guthaben, Zinsen von Warenforderungen, gesetzliche Zinsen usw. (ausgenommen Sparkassen- und Bankzinsen),
3) vererbliche Rentenbezüge,
4) Diskontbeträge von inländischen Wechseln und Anweisungen, einschließlich der Schatzwechsel,
5) ausländische Kapitalerträge aller Art, auch aus Wertpapieren, bezogen hat, hat eine Kapitalertragsteuer-Erklärung bei dem für ihn zuständigen Finanzamt abzugeben.

Die Verpflichtung zur Abgabe der Kapitalertragsteuer-Erklärung ohne Rücksicht auf die Höhe der bezogenen Erträge und auch dann, wenn die oben bezeichneten Erträge in einem land- oder forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb anfallen; lediglich über Diskontbeträge (Nr. 4) ist eine Erklärung nur abzugeben, sofern es sich um Kapitalanlagen handelt.

Die Frist zur Abgabe der Kapitalertragsteuer-Erklärung läuft für alle Steuerpflichtigen mit Ausnahme derjenigen, welche zur Abgabe einer Körperschaftssteuer-Erklärung verpflichtet sind,

vom 1. bis 31. März 1921.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche eine Körperschaftssteuer-Erklärung abzugeben haben, haben die Kapitalertragsteuer-Erklärung gleichzeitig mit jener Erklärung abzugeben. Die Frist hierfür wird noch festgesetzt.

Bei verspäteter Abgabe der Steuer-Erklärung kann ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden (§ 170 der Reichsabgabenordnung).

Eine Verpflichtung zur Abgabe der Kapitalertragsteuer-Erklärung besteht auch, wenn ein Vordruck zur Steuer-Erklärung nicht zugesandt ist. Vordrucke werden vom unterzeichneten Finanzamte bis zu 2 Stück unentgeltlich abgegeben. Wer mehr als zwei Vordrucke verlangt, hat die Kosten für die weiteren Stücke zu erstatten. Zusendung durch die Post erfolgt nur unter Beifügung des Portos.

Die Prüfung der Steuerpflichtigkeit steht dem Finanzamte, nicht dem Steuerpflichtigen zu. Sämtliche Fragen des Vordrucks sind zu beantworten. Die Steuer-Erklärung kann schriftlich oder mündlich in den Geschäftsstunden vormittags von 8 — 12½ Uhr außer Sonnabends vor dem Finanzamte abgegeben werden.

Die Frage einer etwaigen Anrechnung der Kapitalertragsteuer auf Grund des § 44 des Einkommensteuergesetzes wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer entschieden.

Die Hinterziehung der Kapitalertrag-Steuer wird mit einer Geldstrafe im ein- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft, daneben kann auf Gefängnis erkannt werden.

Höxter, im Februar 1921.

Das Finanzamt Höxter.
Fritsch, Regierungsrat.

Todes-Anzeige!



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, am Montag morgen gegen 7 Uhr unseren lieben Sohn und guten Bruder, den

Jüngling Carl Dierks

nach langem schweren, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und gestärkt durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente, im blühenden Alter von 18½ Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme und ein Gebet für den lieben Verstorbenen tiefbetrübt an:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Steinheim, den 13. März 1921.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 4 Uhr, das feierliche Seelenamt am gleichen Tage morgens 7.15 Uhr statt.

Für den Hausputz
empfehle:
Besen
Schrubber
Scheuerbürsten
Aufnehmer
Bohnermasse
Sidol
Ofenputz
Gardinencrem
ferner:
Braunsche Stoff-Farben
u. s. w. u. s. w.
J. Eisenstein.

Turn-Verein.

Heute nach dem Turnen:

Versammlung.

Alle Turner werden gebeten, zu erscheinen. Der Vorstand.

Zukunft

Charakter, Eheleben, Reichtum, Glück, wird nach Astrologie, (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdatum und Schrift einsenden. (Preis 8 Mk., Nachn. 9 Mark.) Viele Dankschreiben aufzuweisen.

Schaub, Hannover,
Ulanenstraße 3.

Nachruf.

Montag morgen gegen 7 Uhr verschied unser liebes Mitglied, der Turner

Carl Dierks

im blühenden Alter von 18½ Jahren. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Der Vorstand des Turn-Vereins Steinheim.

Die Mitglieder treten zur Teilnahme an der Beerdigung Donnerstag nachm. 3.45 vor dem Hause des Vorstandes an.

Nachruf!



Am Montag morgen gegen 7 Uhr verschied unser liebes Verbandsmitglied, der Tischler

Carl Dierks

im Alter von 18½ Jahren. Als treues Mitglied werden wir ihm allzeit ein dauerndes Andenken bewahren.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Steinheim)

Beerdigung: Donnerstag nachmittag 4 Uhr.

Wünschen Sie einen reinen Teint?

verhüten und entfernen Hautausschlag, Hautjucken, Pickel, Finnen, spröde, rissige Haut usw., dann gebrauchen Sie regelmäßig **Terrahe's Heilseife.** Erfolg überraschend. St. 6 Mk.
Verkaufsstelle: **Markt-Drogerie in Steinheim.**

Landwirtschaftl. Lokalverein Steinheim.

Diejenigen Mitglieder, welche durch Vermittelung unseres Vereins schwefelsaures Ammoniak und Kleie bekommen haben, werden gebeten, diese Sachen bis Sonntag den 20. März an den Kassierer zu zahlen.

Der Vorsitzende: Rochus Grolle.